

MEDIENMITTEILUNG

Buchs, 16. Oktober 2018

EDU Kanton St. Gallen: Parolen für den 25. November 2018

JA zur Erweiterung und Erneuerung des Regionalgefängnisses und der Staatsanwaltschaft Altstätten

Es erscheint sinnvoll, kleinere kostspielige Gefängnisse mit den für diese nicht zu erfüllenden Vorschriften und Sicherheitsbestimmungen zugunsten einer Erweiterung und Erneuerung in Altstätten zu schliessen. Auch der Bedarf für verschiedene «Klienten» und Infrastrukturen ist ausgewiesen. Zentral bleibt die Frage, wie kostenintensiv Strafanstalten sein müssen und was tatsächlich sinnvoll ist, damit der Strafgedanke erhalten bleibt und doch eine spätere Wiedereingliederung in die Gesellschaft gefördert wird. Eine Gratwanderung. Deshalb ein kritisches Ja.

JA zum V. Nachtrag zum Einführungsgesetz zur Bundesgesetzgebung über die Berufsbildung

Leider hat auch bei den Berufsschulen eine Zentralisierung stattgefunden mit damit verbundener Einheitlichkeit mit Vor- und Nachteilen. Unter diesen gegebenen Umständen ist der Erhalt der Berufsfachschulkommissionen als Milizgremien mit Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Region und eine klare Abgrenzung der Aufgaben zum Amt für Berufsbildung zu begrüessen. Insbesondere zu befürworten ist die Übertragung so vieler Aufgaben wie möglich für die Berufsfachschulkommissionen und so viele Aufgaben wie nötig auf Seite des Amtes für Berufsbildung. Dass diese Neuorganisation nicht mehr Personal und keine weiteren Kosten verursachen soll, ist ebenfalls positiv hervorzuheben.

NEIN zur Volksinitiative «Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere (Hornkuh-Initiative)»

Der Vorstand der EDU Kanton St. Gallen hat das Wohl von Mensch und Tier und den Respekt der Schöpfung im Fokus. Die aktuelle Schweizer Praxis dient dem bestmöglich. Bei Kälbern wird schmerzfrei verhindert, dass Hörner wachsen. Damit sind Rinder- und Kuh-Herden in Laufställen und auf der Weide ruhiger und schwächere Tiere werden geschont. Verletzungen bei anderen Tieren, Aborte wegen Hornstössen und auch Verletzungen bei Menschen durch Hörner können so vermieden werden. Die Hornkuh-Initiative bringt aus Sicht der EDU keine Verbesserung, sondern neue Kontrollen.

JA zur Volksinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter (Selbstbestimmungsinitiative)»

Die Selbstbestimmungsinitiative setzt aus Sicht des Vorstands der EDU Kanton St. Gallen ein deutliches Zeichen, dass der Bundesrat, das Parlament und die Gerichte sich nicht weiter hin zu einer schleichenden Höherbewertung fremden Rechts bewegen dürfen. Die Anerkennung der Menschenrechte findet bereits in der Bundesverfassung Beachtung und wird nicht in Frage gestellt. Vielmehr wird dem Bundesrat und dem Parlament der Rücken gestärkt gegenüber ausländischem Druck und internationalen Wirtschaftsinteressen, welche nicht das Wohl der Schweiz im Blickfeld haben.

JA zur gesetzlichen Grundlage für die Überwachung von Versicherten

Missbräuche bei den Sozialversicherungen müssen zugunsten der ehrlichen Versicherten bekämpft werden. Die frühere, mit einem Ja wieder herzustellende Praxis hat gezeigt, dass Observationen in den allermeisten Fällen auch effektive Missbräuche aufdeckten. Die vorliegende Gesetzesänderung gibt dieser Missbrauchsbekämpfung eine notwendige gesetzliche Grundlage. Mit dem Ja zu dieser Vorlage will der Vorstand der EDU Kanton St. Gallen den Versicherungen wieder die Möglichkeit geben, millionenschwere Missbräuche zu verhindern.

Für weitere Auskünfte:

Lisa Leisi, Präsidentin EDU Kanton St. Gallen lisa.leisi@edu-schweiz.ch / 071 983 39 49